

NIEDERSCHRIFT

6 / 2022

GREMIUM

Rat der Stadt Lünen

SITZUNGSTERMIN

Donnerstag, 15.09.2022, 17:00 Uhr bis 22:10 Uhr

SITZUNGSORT

Rathaus, Willy-Brandt-Platz 1, 44532 Lünen,
Sitzungssaal 1, 1. Etage

VORSITZ

Bürgermeister Jürgen Kleine-Frauns

ANWESEND

ABWEICHENDE ANWESENHEIT

Ferhat Aydin (SPD)
Hugo Becker (SPD)
Rüdiger Billeb (SPD)
Britta Fehr-Günther (SPD)
Martina Förster-Teutenberg (SPD)
Rüdiger Haag (SPD)
Wilhelm Kleimann (SPD)
Manfred Kolodziejski (SPD)
Nina Kotissek (SPD)
Thomas Latussek (SPD)
Martina Meier (SPD)
Kevin Przygodda (SPD)
Martin Püschel (SPD)
Tristan Richter (SPD)
Detlef Seiler (SPD)
Barbara Utrata (SPD)
Robin Wojtak (SPD)
Daniel Wolski (SPD)
Karoline Bremerich (CDU)
Thomas Buller-Hermann (CDU)
Arno Feller (CDU)
Jochen Gefromm (CDU)
Gerhard Hagedorn (CDU)
Günther Heinrich Koch (CDU)
Christiane Krämer (CDU)
Daniel Pöter (CDU)
Thorsten Redeker (CDU)
Christoph Tölle (CDU)
Dirk Wolf (CDU)
Andreas Dahlke (GFL)
Susanne Großkrüger (GFL)
Herbert Hamann (GFL)
Kunibert Kampmann (GFL)
Otto Korte (GFL)
Anja Lueg (GFL)
Armin Ott (GFL)
Ute Brettner (Bü90/Die Grünen)
Marc Frieling (Bü90/Die Grünen)
Maurice Hansmeyer (Bü90/Die Grünen)
Volker Hendrix (Bü90/Die Grünen)
Reiner Hohl (Bü90/Die Grünen)
Tessa Schächter (Bü90/Die Grünen)
Gabriele Schimanski (Bü90/Die Grünen)
Gudrun Schwiede (Bü90/Die Grünen)

(bis 21:15 Uhr)

(bis 21:15 Uhr)

(bis 20:35 Uhr)

Karsten Niehues (FDP)
Pascal Rohrbach (FDP)
Mustafa Kurt (DIE LINKE)
Nazli Tatli (DIE LINKE)
Friederike Hagelstein (AfD)
Jens Hiekel (AfD) (bis 21:15 Uhr)
Selahattin Tatma
Andreas Mildner (Fraktionslos) (bis 20:35 Uhr)
Constanze Pasternak (Fraktionslos)
Peter Pasternak (Fraktionslos)

ENTSCULDIGT ABWESEND

Paul Jahnke (CDU)
Klaus Lamczick (SPD)
Gabriele zum Buttel (Fraktionslos)
Tatjana Mause

ANWESEND VON DER VERWALTUNG

Technischer Beigeordneter Arnold Reeker

GÄSTE

Leo Bögershausen

SCHRIFTFÜHRUNG

Selahattin Tatma

Herr Bürgermeister Jürgen Kleine-Frauns eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Lünen und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und der Rat beschlussfähig ist.

Ratsmitglied Tölle beantragt für die Antragstellenden Fraktion (CDU und SPD) den Tagesordnungspunkt V.1 vorzuziehen.

Daraufhin empfiehlt Herr Bürgermeister Kleine-Frauns, den Tagesordnungspunkt hinter II.3 zu sortieren. Herr Bürgermeister Kleine-Frauns fragt das Gremium, ob es eine Gegenrede zu dem Antrag auf die Vorverlegung der Tagesordnung gibt. Ratsmitglied Dahlke beantragt Gegenrede. Die Änderung der Beratungsfolge wird bei einer Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Die Verwaltung empfiehlt den Antrag der GFL-Fraktion i. S. Gremienumbesetzung vor die Verwaltungsvorlage VL-146/2022 zu verlegen, da der Antrag der GFL-Fraktion Punkte zur Abstimmung stellt, die ebenfalls Inhalt der Verwaltungsvorlage sind. Der Vorschlag der Verwaltung wird einstimmig angenommen.

ÖFFENTLICHER TEIL

I EINWOHNERFRAGESTUNDE

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Ein Einwohner stellt im Rahmen der Einwohnerfragestunde nachfolgende Fragen:

1. Hätte die Neuorganisation der Dezernate nicht im Ausschuss Personal, Organisation und IT beraten werden müssen und liegt deshalb nicht ein Verstoß gegen die Zuständigkeitsordnung vor?
2. Ist kommunalrechtlich geprüft worden, ob die Umstrukturierung des Dezernates des Bürgermeisters und des Technischen Beigeordneten nicht gegen die §73 Abs. 3 GO NRW und §15 der Hauptsatzung der Stadt Lünen verstößt.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns beantwortet die gestellten Fragen wie folgt:

Nach der Zuständigkeitsordnung ist die Beratung im Ausschuss Personal, Organisation und Digitalisierung nicht vorgesehen. Die Bestimmung des Verwaltungsvorstandes fällt nicht in die Zuständigkeit des Ausschusses für Personal, Organisation und Digitalisierung. Gemäß den Regelungen der Gemeindeordnung hat der Rat als höchstes Entscheidungsgremium das Recht, über die Anzahl der Beigeordnetenstellen und deren Geschäftsbereiche zu bestimmen.

Der Einwohner hat keine Zusatzfragen.

Eine Einwohnerin fragt, wie groß das Interesse der Stadt ist, das Greif als Kultur und Begegnungsstätte zu erhalten, ob der Bebauungsplan auf der Fläche des Greif eine Wohnbebauung vorsieht und die Stadt eine Sondergenehmigung für Wohnbebauung erteilen wird.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns weist darauf hin, dass diesbezüglich bereits Anträge nach § 24 GO NRW eingegangen seien und diese in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses beraten werden würden. Dort würde dann die Entscheidung getroffen werden, wie mit den Anträgen verfahren wird. Technischer Beigeordneter Herr Reeker führt weiterhin aus, dass dort ein Bebauungsplan in dem besagten Bereich nicht vorliegt und die Beurteilung einer Neubebauung nach § 34 Baugesetzbuch erfolge. Danach könne man Bauvorhaben, die der näheren Umgebung entsprechen, nicht ablehnen. Auch ein Vorkaufsrecht sei rechtlich nicht gegeben.

Die Einwohnerin hat keine weiteren Fragen.

Herr Dr. Lausch fragt, ob es angesichts der aktuellen Finanzlage, maroder Schulen sowie drohender Kürzungen im Kulturbereich angebracht ist, eine weitere Beigeordnetenstelle zu schaffen. Herr Bürgermeister Kleine-Frauns verweist auf die anstehende Tagesordnung und empfiehlt den Vertreterinnen und Vertretern des Rates, die Frage in der Diskussion beim entsprechenden Tagesordnungspunkt zu beantworten.

Herr Dr. Lausch fragt weiter, was sich der Bürgermeister von der neuen Dezernentenstelle im Hinblick auf die Bürgerinnen und Bürger verspricht. Herr Bürgermeister Kleine-Frauns verweist darauf, dass er diese Frage im Sachzusammenhang mit der Antragsberatung beantworten wird.

Herr Takil fragt an, ob die Bestellung des Fachbereichsleiters Finanzen als Kämmerer zielführend sein könne und sich dadurch andere Möglichkeiten der Verteilung der Geschäftskreise bereits eingerichteter Beigeordnetenstellen ergeben würden.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns führt die rechtlichen Bestimmungen zu der Anzahl und den Aufgaben der Beigeordneten aus und verweist auf den bevorstehenden Tagesordnungspunkt, wo es um die Einrichtung einer neuen Beigeordnetenstelle geht.

Weiter führt Herr Takil aus, dass es in der Vergangenheit schonmal die Funktion des Kämmerers losgelöst vom Beigeordneten gab und so eigentlich eine Beigeordnetenstelle eingespart werden könnte, dies sei ein Denkanstoß an die Ratsmitglieder.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns teilt mit, dass es sich bei den Ausführungen des Herrn Takil nicht um Fragen handle. Vielmehr ginge es, wie Herr Takil bereits selbst geäußert hätte, eher um Denkanstöße, weswegen dazu keine Stellung genommen werden könne.

Eine Einwohnerin und Mitarbeiterin der Stadt Lünen fragt, inwieweit mit einem zusätzlichen Dezernat die Mitarbeiter:innen entlastet werden oder ob die Umstrukturierung nicht Mehrarbeit für die einzelnen Mitarbeiter:innen bedeute.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns führt aus, dass eine persönliche Meinung des Bürgermeisters hier nicht gefragt ist und er für die Antragsteller nicht antworten kann. Gleichwohl habe er den Antrag gelesen und die von der Einwohnerin angesprochene Änderung der Arbeitsabläufe seien davon nicht betroffen.

Die Einwohnerin und Mitarbeiterin der Stadt Lünen führt weiterhin aus, dass sie den Antrag gelesen habe und darin nur die Entlastung der Führungskräfte aufgeführt sei. Die Mitarbeiter:innen müssten aber auch entlastet werden, da am Ende sie die Arbeit erledigen.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns stellt dar, dass es sich hier um eine Einwohnerfragestunde und nicht um eine Beschäftigtenfragestunde handele. Eine Beantwortung der Fragen, die an die Antragsteller gerichtet sei, sollte im Rahmen der Einwohnerfragestunde nicht vom Bürgermeister beantwortet werden.

Herr Engel fragt an, was mit den Maßnahmen und Projekten passiert ist, die nach dem Ausruf des Klimanotstandes 2019 eingeleitet worden sind.
Wie viele Tonnen CO² wurden seitdem eingespart und gibt es Ziele, wo man im Jahr 2030 stehen will?

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns teilt mit, dass ihm in diesem Zusammenhang befristete Ziele nicht bekannt sind.

Technischer Beigeordneter Herr Reeker teilt mit, dass diverse Klimaziele gesetzt worden sind, diese auch teilweise Bundesziele sind. Dabei ginge es etwas um über 50 Maßnahmen. Einige Maßnahmen sind bereits eingeleitet, andere sind in der Umsetzung. Die Maßnahmen seien auch abhängig von der Personalsituation. Der Umsetzungsprozess würde die Stadt noch viele Jahre beschäftigen. Eine Zahl des eingesparten CO² könne nicht genannt werden.

Frau Rohr fragt als Einwohnerin der Stadt und Personalrätin an, warum dem Personalrat die Möglichkeit, ein Statement abzugeben, verwehrt wurde.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns erklärt, dass diese Angelegenheit keine Angelegenheit ist, die im Sinne des Landespersonalvertretungsgesetzes dem Personalrat das Recht einräumt, im Rat eine Stellungnahme abzugeben. Der Antrag, der zur Debatte stehe, sei kein Antrag, der die Arbeitsorganisation im Hause ändere. Daher könne dem Personalrat kein Rederecht eingeräumt werden.

Frau Delies fragt an, wie der Bürgermeister zu den Äußerungen eines Mitarbeiters steht, der als Personalvertreter den Ruhr Nachrichten gegenüber geäußert hat, dass diese Neuorganisation an den Mitarbeitern vorbei gegangen sei.

Daraufhin äußert Herr Bürgermeister Kleine-Frauns, dass hier die persönliche Meinung des Bürgermeisters gefragt wird und diese nicht in die Einwohnerfragestunde gehöre. Er hätte aber mitbekommen, dass die Antragstellenden Fraktionen mit der Personalvertretung Gespräche geführt habe.

Es gibt keine weiteren Fragen.

II BESCHLUSSANGELEGENHEITEN

1. VL-156/2022

Bestellung eines allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters gem. § 68 Abs. 1 S. 1 Gemeindeordnung NRW

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lünen beschließt, dass Herr Arnold Reeker gem. § 68 Abs. 1, S. 1 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) ab dem 01.10.2022 zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters und dementsprechend zum ersten Beigeordneten bestellt wird.

Abstimmungsergebnis: Einsittmmig ohne Enthaltung

2. VL-171/2022

Einrichtung einer dauerhaften Findungskommission für die Wahl von Beigeordneten

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns führt die Notwendigkeit aus, weshalb der ursprüngliche Beschluss zur Einrichtung einer Findungskommission erweitert und den aktuellen Gegebenheiten entsprechend angepasst werden muss. Weiterhin erläutert Herr Bürgermeister Kleine-Frauns die Aufgaben der Findungskommission

Ratsmitglied Dahlke äußert, dass er sich an dem Begriff „dauerhaft“ der Vorlage stört und sich fragt, warum dieses Gremium dauerhaft ist.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns führt aus, dass man für den Fall von vakanten Stellen in der Zukunft umgehend die Findungskommission einberufen könne und nicht erst eine neue Kommission einrichten und beschließen müsse.

Ratsmitglied Brettner teilt mit, dass bereits eine Findungskommission besteht aber diese nicht vom Rat beschlossen sei.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns verweist auf die in der Ratssitzung am 23.06.2022 beschlossene Findungskommission für die Neubesetzung des Dezernats 2.

Ratsmitglied Rohrbach unterstützt die Idee einer Findungskommission. Die dauerhafte Einrichtung sei jedoch nicht in seinem Sinne. Vielmehr solle die Findungskommission auf die laufende Wahlperiode beschränkt werden.

Im Konsens wird das Wort „dauerhaft“ aus der Überschrift der Vorlage entfernt. Der Beschlussvorschlag bleibt unverändert.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lünen beschließt,

1. zur Vorbereitung der Wahl von Beigeordneten oder des Stadtkämmerers / der Stadtkämmerin dauerhaft eine Findungskommission unter dem Vorsitz des Bürgermeisters einzusetzen,
2. die Findungskommission zu beauftragen, die eingegangenen Bewerbungen zu beraten und dem Rat eine Besetzungsempfehlung für die durchzuführende Wahl zu unterbreiten,
3. die Findungskommission entsprechend dem Proporz (Verteilung nach Hare-Niemeyer) auf der Grundlage von 17 Mitgliedern zu bilden, der Bürgermeister entscheidet bei Stimmgleichheit,
4. alle Unterlagen zu dem Auswahlverfahren mit den kompletten Bewerberdaten sowie weitere Informationen für geheimhaltungsbedürftig zu erklären.

Abstimmungsergebnis: Einsitmmig ohne Enthaltung

3. AF-86/2022

Antrag der SPD- und CDU-Fraktion vom 29.08.2022 i. S. Durch Entlastung stärken

- a) Einrichtung eines weiteren Dezernats inklusive einer Beigeordnetenstelle
- b) Neustrukturierung der Dezernatszuständigkeit

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns ruft die vorgezogene Tagesordnung auf.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns führt an, dass der in dem Antrag ausformulierte Beschlussvorschlag unter Punkt 1 nur die Änderung der Hauptsatzung beinhaltet und nicht die Änderungssatzung. Die Verwaltung hat analog zum Begehrt der Antragstellenden eine Änderungssatzung vorbereitet und als Tischvorlage dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns gibt den Antragstellenden die Möglichkeit ihren Antrag vorzustellen.

Ratsmitglied Billeb nimmt für die Antragstellenden Fraktion das Wort. Die Ausführungen des Ratsherrn Billeb wird dem Protokoll beigefügt.

Ratsmitglied Tölle erhält für die CDU-Fraktion das Wort. Die Ausführungen des Ratsherrn Tölle für die CDU-Fraktion wird dem Protokoll beigefügt.

Ratsmitglied Schächter führt aus, dass die Neustrukturierung der Dezernatszuständigkeit aus ihrer Sicht nicht zielführend sei und erwartbar keine Entlastung der Verwaltung erreiche.

Ratsmitglied Dahlke weist darauf hin, dass man mit allen Beteiligten Gespräche führen und Aufgaben priorisieren müsse.

Ratsmitglied Hagelstein teilt mit, dass die AfD-Fraktion den Antrag ablehnen wird.

Ratsmitglied Niehues stellt die Ansicht der FDP-Fraktion vor und teilt mit, dass die FDP-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen werde.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns führt die Auffassung der Verwaltung zu den Ausführungen der einzelnen Ratsmitglieder aus. Die Behauptung, dass die Belegschaft nicht gestärkt würde, sei anhand der Entwicklung der Mitarbeiterzahlen, die seit 2015 von 950 bis 2022 auf ca. 1100 gestiegen sei, zu widerlegen. Im Bereich des Verwaltungsvorstandes habe es dagegen trotz Mehrarbeit keine Entlastung durch eine entsprechende Aufstockung gegeben.

Der in der Einwohnerfragestunde eingebrachten Vorschlag der Einsparung einer Beigeordnetenstelle würde dazu führen, dass die Aufgaben des Beigeordneten auf die Ebene der Führungskräfte verteilt werden müssten.

Ratsmitglied Mildner stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte und Abstimmung. Ergänzender Antrag von Niehues auf namentliche Abstimmung. Weitergehender Antrag von Ratsfrau Schächter auf geheime Abstimmung. Über den Antrag

wird geheim abgestimmt. Der Antrag auf geheime Abstimmung ist weitergehend und geht vor

In die Zählkommission werden folgende Ratsmitglieder entsandt:

- Kunibert Kampmann, GFL-Fraktion
- Rainer Hohl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Martina Förster-Teutenberg, SPD-Fraktion
- Pascal Rohrbach, FDP-Fraktion
- Dirk Wolf, CDU-Fraktion
- Friedrike Hagelstein, AfD-Fraktion
- Nazli Tatli, Fraktion Die Linke

Punkt 1 des Antrages AF-86/2022 wird in geheimer Wahl abgestimmt. Nach Beschluss des Ersten Punktes wird der Ergänzungsantrag der GFL-Fraktion vorgestellt und beraten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lünen beschließt folgendes:

1. In § 13 der Hauptsatzung der Stadt Lünen (Anzahl der Beigeordneten) wird die Zahl „drei“ durch die Formulierung „bis zu vier“ ersetzt. Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Änderungssatzung zur Hauptsatzung vom 26.11.2020 in der Fassung der Änderungssatzung vom 23.06.2022.
2. Der Rat legt im Einvernehmen mit dem Bürgermeister auf der Grundlage des § 73 Abs. 1 GO NRW folgendes fest:
 - a) Die Einrichtung von einem neuen Dezernat mit der Bezeichnung IV (neu)
 - b) Das bisherige Dezernat IV trägt die Bezeichnung Dezernat V.
 - c) Die Geschäftsbereiche aller Dezernate werden neu geordnet. Die Verwaltung wird beauftragt, die hierzu erforderlichen Organisationsverfügungen nach Maßgabe der Ziff. 3 zu veranlassen.

3. Den Dezernaten werden folgende Geschäftsbereiche und Zuständigkeiten zugeordnet:

Dezernat I (Bürgermeisterdezernat)

- Bürgermeisterbüro
- Stabsstelle Kommunikation u. Medien
- Städtepartnerschaften, Europa und internationale Beziehungen
- Fachdienst Recht

Dezernat II (Finanzen, Bürgerservice, Ordnung und ZGL)

- Fachbereich Finanzen
- Fachbereich Bürgerservice und Ordnung
- Zentrale Gebäudebewirtschaftung Lünen

Dezernat III (Jugend, Soziales, Bildung, Sport und Allgemeine Verwaltung)

- Fachbereich Jugend und Soziales
- Fachbereich Bildung und Sport
- Fachbereich Personal, Organisation, IT

Dezernat IV (Innovative Stadt Lünen, Feuerwehr, Kultur, Marketing)

- Fachbereich Innovative Stadt Lünen (bisher: Referat für Stadtentwicklung; Team Umweltschutz und Klima; FD Mobilitätsplanung und Verkehrslenkung; aus der Stabsstelle Wirtschaft und Marketing: Smart City-Koordination und Zentrenmanagement)
- Fachbereich Feuerwehr, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz
- Kulturbüro

- Marketing
Dezernat V (Planen, Bauen, IGA)
 - Fachbereich Stadtplanung und Bauordnung
 - Team Vergabe u. Service
 - Team Vermessung
 - Fachdienst Straßenbau
 - Fachdienst Stadtgrün
 - IGA
4. Das am 19.05.2022 durch Stellenausschreibung eingeleitete „Auswahlverfahren Erste/r Beigeordnete/r und Stadtkämmerin / Stadtkämmerer“ wird aufgehoben.
 5. Die Stellen der Beigeordneten für die Dezernate II, III und IV werden gemäß § 71 Abs. 2 Satz 2 GO NRW ausgeschrieben. Die Stelle für das Dezernat III wird neben der Dezernatsleitung gleichzeitig als solche des Allgemeinen Vertreters ausgeschrieben. Zu diesem Zweck wird die Verwaltung beauftragt, alle erforderlichen Schritte durchzuführen. Der Stellenplan ist entsprechend anzupassen.
 6. Zur Vorbereitung der Wahl der Beigeordneten für die Dezernate II, III und IV wird entsprechend dem im Rat am 23.06.2022 beschlossenen Verfahren eine Findungskommission eingesetzt.
 7. Die Regelungen werden zum 01.11.2022 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 32 dafür, 21 dagegen, 1 Enthaltung beschlossen

4. VL-136/2022

Bürgerbegehren

Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplans "Gewerbegebiet Klötters Feld (238)"

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns ruft die Tagesordnung auf und informiert über die Verwaltungsvorlage.

Herr Bögershausen erhält für die Vertretungsberechtigten der Bürgerinitiative das Wort und erläutert die Intention des Bürgerbegehrens.

Ratsmitglied Schimanski führt aus, dass die Intention des Bürgerbegehrens zu unterstützen sei.

Ratsmitglied Feller merkt an, dass im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens zunächst ein Abwägungsprozess stattfinden solle. Die grundsätzliche Ablehnung der Initiatoren zum Verfahren sei nicht zu unterstützen.

Ratsmitglied Hagelstein teilt mit, dass die AfD-Fraktion das Bürgerbegehren unterstützen wird.

Ratsmitglied Schächter merkt an, dass man dem Bürgerbegehren zustimmen solle.

Ratsmitglied Haag weist darauf hin, dass man im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens die Möglichkeit der Errichtung eines Gewerbegebietes prüfen lassen möchte.

Ratsmitglied Rohrbach stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Beendigung der Debatte und Abstimmung.

17 dagegen, keine Enthaltung, mehrheitlich dafür.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Lünen entscheidet hinsichtlich der Gültigkeit der 5.442 abgegebenen Stimmen wie folgt.

5.110 Unterschriften zweifelsfrei gültig
332 Unterschriften zweifelsfrei ungültig
0 Unterschriften mit Zweifeln behaftet

Damit ergeben sich insgesamt

5.110 gültige Unterschriften
332 ungültige Unterschriften

2. Der Rat der Stadt Lünen stellt gem. § 26 Absatz 6 Satz 1 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) fest, dass das am 27.01.2022 eingereichte Bürgerbegehren „Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplans Gewerbegebiet Klöters Feld (238) zulässig ist.
- 3a) Der Rat der Stadt Lünen entspricht dem Bürgerbegehren gem. § 26 Abs. 6 Satz 4 GO NRW. Die entsprechenden Beschlüsse zur Aufstellung des Bebauungsplans Gewerbegebiet Klöters Feld (238) werden aufgehoben.

Alternativ:

- 3b) Der Rat der Stadt Lünen entspricht dem Bürgerbegehren gem. § 26 Abs. 6 Satz 3 GO NRW nicht.

Der Tag des Bürgerentscheides wird gem. § 2 i. V. m. § 9 der Satzung der Stadt Lünen über die Durchführung von Bürgerentscheiden auf Sonntag, den 11.12.2022 festgelegt.

Abstimmungsergebnis: Punkt 1 und 2: Einstimmig ohne Enthaltung beschlossen. Punkt 3a 31 dagegen, 19 dafür, 2 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage) Punkt 3b, einstimmig ohne Enthaltung
--

5. VL-137/2022

Bürgerbegehren

Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplans "Gewerbegebiet Derner Straße (239)"

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Lünen entscheidet hinsichtlich der Gültigkeit der 5.158 abgegebenen Stimmen wie folgt.

4.848 Unterschriften zweifelsfrei gültig
310 Unterschriften zweifelsfrei ungültig
0 Unterschriften mit Zweifeln behaftet

Damit ergeben sich insgesamt

4.848 gültige Unterschriften
310 ungültige Unterschriften

2. Der Rat der Stadt Lünen stellt gem. § 26 Absatz 6 Satz 1 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) fest, dass das am 27.01.2022 eingereichte Bürgerbegehren „Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplans Gewerbegebiet Derner Straße (239)“ zulässig ist.
- 3a) Der Rat der Stadt Lünen entspricht dem Bürgerbegehren gem. § 26 Abs. 6 Satz 4 GO NRW. Die entsprechenden Beschlüsse zur Aufstellung des Bebauungsplans Gewerbegebiet Derner Straße (239) werden aufgehoben.

Alternativ:

- 3b) Der Rat der Stadt Lünen entspricht dem Bürgerbegehren gem. § 26 Abs. 6 Satz 3 GO NRW nicht.

Der Tag des Bürgerentscheides wird gem. § 2 i. V. m. § 9 der Satzung der Stadt Lünen über die Durchführung von Bürgerentscheiden auf Sonntag, den **11.12.2022** festgelegt.

Abstimmungsergebnis: Ziffer 1 und 2: einstimmig ohne Enthaltung Ziffer 3a: 19 dafür, 3 Enthaltungen, 28 dagegen, mehrheitlich dagegen 3b einstimmig ohne Enthaltung

6. VL-148/2022

Genehmigung einer "Überplanmäßigen Ausgabe Bürgerentscheid", sofern der Rat dem/den Bürgerbegehren "Klötters Feld (238)" und/oder "Derner Straße (239)" nicht folgt

Beschluss:

Die überplanmäßigen Aufwendungen für die Durchführung des/der Bürgerentscheide/s in Höhe von 115.000,00 Euro werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig ohne Enthaltung

7. VL-190/2022

Bewerbung beim Bundesprogramm "Sport, Jugend und Kultur" mit einer Interessenbekundung zur Sanierung der Sportanlage Schwansbell

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns ruft die TO auf und verweist auf die aktuellen Erkenntnisse, dass Freiluftanlagen aktuell von der Förderung ausgeschlossen sein und zieht im Einvernehmen mit dem Gremium die Vorlage zurück.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lünen beschließt, dass Fördermittel für die Sanierung der Sportanlage Schwansbell beim Bundesförderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ beantragt werden.

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

III GREMIENUMBESETZUNG

1. AF-95/2022

Antrag der GFL-Fraktion vom 06.09.2022 i. S. Umbesetzung von Gremien

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns ruft die Tagesordnung auf und führt aus, warum der Antrag in der Reihenfolge vorgezogen worden ist.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns fragt das Gremium, ob zusammen oder getrennt abgestimmt werden soll.

Ratsmitglied Feller beantragt getrennte Abstimmung und Wortmeldung.

Ratsmitglied Billeb appelliert an die GFL-Fraktion, den Punkt 3 des Antrages zurückzuziehen.

Ratsmitglied Dahlke teilt für die GFL-Fraktion mit, dass die GFL-Fraktion Punkt 3, Umbesetzung WBL, zurückzieht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lünen beschließt,

1. Herrn Andreas Dahlke anstelle für Herrn Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel in das Gremium Aufsichtsrat Energiehandel Lünen GmbH zu entsenden.
2. Herrn Andreas Dahlke anstelle für Herrn Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel in das Gremium Aufsichtsrat Stadtwerke Lünen GmbH zu entsenden.
4. Herrn Armin Ott anstelle für Herrn Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel als ordentliches Mitglied in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbands der Städte Lünen, Selm und Werne zu entsenden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig ohne Enthaltung

2. VL-146/2022 Gremienbesetzungen

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns beabsichtigt, selbst an den Gremiensitzungen teilzunehmen, in die die Erste Beigeordnete Frau Brennenstuhl entsandt worden war und den Technischen Beigeordneten Herrn Reeker in die Gremien, in die der ehemalige Beigeordnete Herr Müller-Baß entsendet worden war, zu entsenden.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns begründet die Vorgehensweise damit, dass im Verhinderungsfall des Technischen Beigeordneten Herrn Reeker, der Bürgermeister die Möglichkeit habe, eine andere Vertretungsperson entsenden zu können.

Die Punkte sieben bis neun aus dem Beschlussvorschlag werden gestrichen. Diese wurden bereits mit dem Antrag AF-95/2022 beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lünen

1. entsendet anstelle von Frau Brennenstuhl Herrn Bürgermeister Kleine-Frauns mit Wirkung zum 16.09.2022 in die folgenden Gremien:
 - Aufsichtsrat der Stadthafen Lünen GmbH.
 - Beirat der SL Grundbesitz GmbH & Co. KG.
 - Beirat der Bädergesellschaft Lünen mbH.
 - Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH.
 - Aufsichtsrat der Klinikum Westfalen GmbH.
 - Aufsichtsrat der MVZ Klinikum Westfalen GmbH.

2. entsendet anstelle von Herrn Müller-Baß Herrn Bürgermeister Kleine-Frauns in die folgenden Gremien:
 - Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Lünen GmbH.
 - Gesellschafterversammlung der Energiehandel Lünen GmbH.
 - Gesellschafterversammlung der Stadthafen Lünen GmbH.
 - Gesellschafterversammlung der SL Grundbesitz GmbH & Co. KG.
 - Gesellschafterversammlung der Bädergesellschaft Lünen mbH.
 - Gesellschafterversammlung der Bioenergie Lünen GmbH & Co. KG.
 - Gesellschafterversammlung der Klinikum Westfalen GmbH.
 - Gesellschafterversammlung der Umwelt-Werkstatt gGmbH Lünen und Selm.
 - Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes der Städte Lünen, Selm und Werne.

3. entsendet anstelle von Herrn Skrinjar Herrn Roman Greb in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Waltrop GmbH & Co. KG.

4. entsendet anstelle von Herrn Skrinjar Herrn Roman Greb in die Generalversammlung der KoPart eG.

5. entsendet anstelle von Herrn Köttendorf Herrn Albert Büscher in die Gesellschafterversammlung der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH.

6. entsendet anstelle von Frau Karney Frau Martina Quernheim in den Aufsichtsrat der Stadthafen Lünen GmbH.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig ohne Enthaltung

3. AF-73/2022

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 04.08.2022 i. S. Umbesetzung für den Ausschuss Bildung und Sport

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lünen beschließt, dass für Herrn Herr Simon Leusch Frau Nazli Tatli als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung und Sport entsandt wird.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

4. AF-74/2022

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 27.03.2022 i. S. Umbesetzung für den Ausschuss Stadtentwicklung und -planung

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lünen beschließt, dass für Herrn Ezzeddin Ahmad Herr Elvan Tatli als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und –planung entsandt wird.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

5. AF-87/2022

Antrag der GFL-Fraktion vom 30.08.2022 i. S. Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lünen beschließt,

1. Die stellv. Mitgliedschaft von Prof. Dr. Johannes Hofnagel im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung zu beenden.
2. Volker Kawalek als Mitglied und Herbert Hamann als stellv. Mitglied in den Ausschuss Bürgerservice, Soziales und Ehrenamt zu entsenden.
3. Für Prof. Dr. Johannes Hofnagel Anja Lueg als Mitglied in den Ausschuss Bildung und Sport zu entsenden und die stellv. Mitgliedschaften von Emely Otto und Gudrun Garbe zu beenden.

4. Die stellv. Mitgliedschaften von Prof. Dr. Johannes Hofnagel und Gudrun Garbe im Ausschuss Stadtentwicklung und -planung zu beenden:
5. für Prof. Dr. Johannes Hofnagel Andreas Dahlke als Mitglied in den Betriebsausschuss ZGL zu entsenden.
6. für Prof. Dr. Johannes Hofnagel Andreas Dahlke als Mitglied in den Ausschuss Arbeitsmarkt, Wirtschaftsförderung und Innovation zu entsenden.
7. Für Prof. Dr. Johannes Hofnagel Andreas Dahlke als stellv. Vorsitzenden, für Anja Lueg Armin Ott als Mitglied und für Armin Ott Anja Lueg als stellv. Mitglied in den Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung zu entsenden.
8. für Prof. Dr. Johannes Hofnagel Susanne Großkrüger in den Gemeindewahlausschuss zu entsenden:
9. für Prof. Dr. Johannes Hofnagel Kunibert Kampmann als Mitglied in den Haupt- und Finanzausschuss zu entsenden:
10. für Prof. Dr. Johannes Hofnagel Andreas Dahlke in den Ältestenrat zu entsenden:
11. Gerd Kestermann als Mitglied und Herbert Hamann als stellv. Mitglied in den Seniorenbeirat zu entsenden:
12. Anja Lueg als stellv. Mitglied in den Behindertenbeirat zu entsenden:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig ohne Enthaltung

6. AF-88/2022

Antrag der GFL-Fraktion vom 01.09.2022 i. S. Ergänzungsantrag Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lünen beschließt,

- Herbert Hamann als stellv. Mitglied in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung zu entsenden.
- Herbert Hamann als stellv. Mitglied in den Ausschuss für Bürgerservice, Soziales und Ehrenamt zu entsenden.
- Herbert Hamann als stellv. Mitglied in den Ausschuss für Bildung und Sport zu entsenden.
- Herbert Hamann als Mitglied in den Ausschuss für Kultur, Europa und Städtepartnerschaften zu entsenden.
- Herbert Hamann als stellv. Mitglied in den Ausschuss für Stadtentwicklung und -planung zu entsenden.
- Herbert Hamann als stellv. Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Klima und Mobilität zu entsenden.
- Herbert Hamann als stellv. Mitglied in den Betriebsausschuss Zentrale Gebäudebewirtschaftung Lünen zu entsenden.

- Herbert Hamann als stellv. Mitglied in den Ausschuss für Arbeitsmarkt, Wirtschaftsförderung und Innovation zu entsenden.
- Herbert Hamann als stellv. Mitglied in den Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung zu entsenden.
- Herbert Hamann als stellv. Mitglied in den Gemeindewahlausschuss zu entsenden.
- Herbert Hamann als stellv. Mitglied in den Haupt- und Finanzausschuss zu entsenden.
- Herbert Hamann als Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss zu entsenden.
- Herbert Hamann als stellv. Mitglied in den Integrationsrat zu entsenden.
- Herbert Hamann als Mitglied in die Mitgliederversammlung Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen zu entsenden
- Herbert Hamann als stv. Mitglied in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbands der Städte Lünen, Selm und Werne zu entsenden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

IV MITTEILUNGEN DER VERWALTUNG

1 SACHSTAND BESCHLOSSENE ANTRÄGE

V ANTRÄGE

VI BEANTWORTUNG VON SCHRIFTLICHEN ANFRAGEN

VII MÜNDLICHE ANFRAGEN

Lünen, den 05.12.2022

Jürgen Kleine-Frauns
Bürgermeister

Selahattin Tatma
Schriftführer

Verehrter Kolleginnen und Kollegen des Rates,

Sehr geehrte Gäste aus Verwaltung und Bürgerschaft,

Sehr geehrte Vertreter der Medien,

Ich gehe davon aus, dass Sie alle unseren Antrag gelesen haben.

Ich sage das so deutlich, weil ich bei mancher Kritik den Eindruck habe, dass er für den einen oder die andere vielleicht **zu** ausführlich ist - - der Inhalt ist aber auch im Detail wichtig, deshalb hier trotz knapper Redezeit noch einmal die wichtigsten Fakten, zu Details verweise ich auf den Antragstext:

WAS beantragen wir eigentlich?

Wir wollen die oberste Führungsebene in der Stadtverwaltung um eine weitere Führungskraft stärken. **Punkt!**

WARUM?

Wir beobachten seit geraumer Zeit einen massiven Anstieg von Aufgaben, die durch die MitarbeiterInnen der Verwaltung zu bewältigen sind.

Dieser Aufgabenzuwachs resultiert nach unserer Wahrnehmung maßgeblich aus den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels (u. a. Digitalisierung, Betreuungsregelungen für Kinder sowie sozialpolitische Problemstellungen etc.), darüber hinaus aus den vielfältigen und komplexen Anforderungen zur Erfüllung der notwendigen Klimaschutzziele (wie Mobilitätswende, Energie- und Umweltpolitik) und ist darüber hinaus auch getrieben durch die politische Vielfalt und daraus resultierende Antrags- und Aufgabenflut.

Über dieses „Alltagsgeschäft“ hinaus bewältigt die Verwaltung seit geraumer Zeit die umfangreich notwendigen Maßnahmen im Kontext mit der Corona Pandemie und seit mehr als einem halben Jahr auch noch die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine.

Die Politik hat in den zurückliegenden Jahren durch die Bewilligung sämtlicher beantragter, zusätzlicher Stellen versucht, den wachsenden Herausforderungen durch den gesellschaftlichen Wandel Rechnung zu tragen. Gleichwohl können diese zusätzlichen Stellen sicher nicht das Mehr an Belastung durch die Pandemie und die Folgen des Krieges in der Ukraine kompensieren.

Die Verwaltung hat durch organisatorische Veränderungen in den mittleren und unteren Führungsebenen reagiert und erhofft sich, durch geringere Führungsspannen und eine daraus resultierende bessere Führungsleistung eine Optimierung in puncto Leistungsfähigkeit und Arbeitszufriedenheit in der Organisation.

Wir wollen diesen Prozess nunmehr auf die oberste Führungsebene ausweiten und durch die Einrichtung eines zusätzlichen Dezernats sowohl Aufgabenstellungen stärken und ihnen eine stärkere Gewichtung nach innen und außen zumessen, indem wir sie in dieses Dezernat verlagern und gleichsam solche Bereiche, die Aufgaben abgeben, in ihren übrigen Aufgabenfeldern dadurch stärken, dass wir Ihnen eine stärkere Fixierung auf diese Aufgaben ermöglichen. Darüber hinaus erhoffen wir uns durch die zwangsläufig erforderliche Schnittstellenkommunikation unter den Beigeordneten und dem Bürgermeister eine Optimierung der Zusammenarbeit im Verwaltungsvorstand

Nun zur Einzelkritik

Die GroKo boxt das von oben herab durch ohne die „Kleinen“ zu beteiligen und der Personalrat bleibt außen vor

Fakt ist:

Bereits im letzten Jahr haben wir in einem interfraktionellen Gespräch den Gedanken für ein zusätzliches Dezernat kommuniziert, als Kompromiss ist zunächst die Stabsstelle Klimaschutz herausgekommen.

Am 28. Juli, in der Sommerpause Herr Dahlke, haben wir in einer nicht öffentlichen ÄR Klausur die Verwaltung und alle anwesenden Fraktionen über unser Vorhaben informiert und Gespräche angeboten. Wenige Tage später stand das Vertrauliche bereits **vor** einer abschließenden Abstimmung in der Presse. Da sollte jeder verstehen, dass wir uns daraufhin für den ordentlichen Verfahrensweg entschieden haben.

Wir hätten die Verwaltung, insbesondere die Fachbereichsleiter und Fachdezernenten sowie die Orgaabteilung und externe Berater einbinden müssen.

Fakt ist:

JA, das wäre gute gewesen und **NEIN**, denn das hätte uns ob des langen Verfahrensweges die Möglichkeit genommen, den Verwaltungsvorstand **JETZT**, wo ohnehin zwei BG ausscheiden, **NEU** aufzustellen und damit hoffentlich die Zusammenarbeit der Führungsebene so zu optimieren, das unsere erhofften Effekte auch eintreten. Ausdrücklich wollen wir die Kompetenz in der genannten Führungskräfte und Organisationseinheiten nicht in Frage stellen. Ihre Stunde schlägt meines Erachtens, wenn wir diesen Antrag beschließen.

Die GroKo schafft eine neue Position im Verwaltungsvorstand, aber mehr Stellen zur Bewältigung der Arbeit gibt es nicht!

Fakt ist:

JA, eine zusätzliche BG-Stelle erhöht die Personalkosten - nicht um 400 Ts. Euro wie Herr Niehues behauptet, sondern um knapp 250 Ts. Euro inklusive einer Assistenzstelle, Bürokosten und Versorgungsrückstellungen. Wir wollen das aber gar nicht auf Dauer festschreiben - „bis zu 4 Beigeordnete“ heißt, bei jedem Ablauf einer Wahlperiode soll die Notwendigkeit neu überprüft werden. Ebenso wie wir bzgl. der Dezernatszuschnitte eine Evaluierung erwarten, wenn erkannte Schnittstellenprobleme den Erfolg der Maßnahme gefährden.

Mehr Stellen für die Bewältigung der Arbeit?!

Mindestens seit 2015 ist die Anzahl der Stellen in der Verwaltung kontinuierlich angestiegen. **Die Antragsteller** waren in den Jahren diejenigen, die dem Haushalt regelmäßig zugestimmt haben - **nicht** GFL und Grüne! WIR haben damit auch dafür gesorgt, dass sämtliche Stellenanforderungen umgesetzt werden konnten und darüber hinaus oft noch weitere eingebracht. Für das laufende Jahr sind das alleine ca. 60 Stellen.

Die SPD Fraktion, und das adressiere ich an den Verwaltungsvorstand, erwartet, dass der Stellenplan 2022 wie beschlossen umgesetzt wird - alles andere führt zu Unruhe und Missmut in der Belegschaft.

Was den Stellenplan 2023 anbelangt erwarten wir eine vorsichtig realistische interne Kommunikation - - - wir alle wissen bis heute ob der sich tagtäglich verändernden Rahmenbedingungen noch gar nicht, was der Haushalt 2023 bringt.

Von ganz rot sind wir mittlerweile bei gelb und vielleicht wird's ja auch noch grün - ich weiß sehr wohl, das das, was die Landesregierung den Kommunen da zumutet nicht zukunftsfähig ist.

Die SPD Fraktion wird sich jedenfalls, wie in der Vergangenheit, notwendigen Stellenanhebungen im Rahmen des Möglichen nicht verwehren, sondern sich im Gegenteil sachgerecht auch dafür einsetzen. Wie sagte Olaf Scholz. „Wir lassen niemanden allein“ - **wir** müssen es nur wissen.

Was erwartet die SPD Fraktion von der Verwaltung nach dem Beschluss?

Wenn wir den Antrag hier und heute beschließen, **wofür ich noch einmal werben möchte**, erwarten wir nach Besetzung der Beigeordneten-Stellen eine zügige und zielorientierte Umsetzung.

Die Politik hat Überschriften in die Dezernatszuschnitte gebracht, die Feinarbeit nach dem Motto, **was funktioniert unter diesen Überschriften wie am Besten**, sollte der neue Verwaltungsvorstand unter Einbeziehung der FBL und FD sowie der Orgaabteilung justieren.

WIR wollen „**Durch Entlastung stärken**“

Kurzum, wir wollen die Verwaltung zum Wohle der Stadt und ihrer BürgerInnen sowie der Mitarbeiterinnen stärken!

- Im Jahr 2020 ist die Große Kooperation angetreten, um den Alltag in unserer Heimatstadt zu verbessern – um neue Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu schaffen!
- Was wir damals nicht wussten, dass wir uns in einer Dauerschleife voller globaler Krisen befinden, die uns als Politik und Verwaltung mit voller Wucht vor Ort Treffen
- In der Corona-Pandemie mussten wir Kontaktbeschränkungen einhalten, Kontrollen durchführen, gegen Querdenker kämpfen, Schul- und Kitaschließungen organisieren und nun das Leben in Ehrenamt- und Kultur wieder hochfahren
- Der Klimawandel hat uns bereits das ein oder andere Mal in Lünen getroffen. Sei es die bei uns – mehreren Starkregenereignisse – im letzten Jahr oder die Dürre in diesem Sommer. Wir haben schöne Klimaschutzkonzepte geschrieben aber wo ist die Umsetzung?
- Gleichzeitig nehmen wir vorbildlich viele Flüchtlingen auf und versorgen diese. Wir kümmern uns um die Integration in Schule und Arbeitsmarkt.

- Die Verwaltung tut gerade vieles um Energie einzusparen und hat auch eine entsprechende Kampagne aufgelegt, um die Menschen vom Energiesparen zu unterstützen. Der komplette Blackout wird auch gerade vorbereitet.
- Viele Dinge, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung beschäftigen. Auf der anderen Seite: Wo sind die Bebauungspläne um neuen Wohnraum für alle Menschen zu schaffen? Seit Ewigkeiten wird verwaltungsintern über den Standort der neuen Feuerwehrrwache diskutiert – Ergebnisse nicht vorhanden!
- Für die IGA konnte man nicht die Kosten nennen und in jeder Ausschusssitzung verändert sich die Anzahl der Bäume, die gefällt werden soll
- Rote Teppiche werden versprochen anstatt echte Lösungen zur Verbesserung der Verkehrswege für Rad- und Autofahrer zu entwerfen
- Wir haben es oft in der Zeitung und auf zahlreichen Veranstaltungen gehört und gelesen: Die Menschen beschweren sich. Kein Termin im Bürgerbüro. Baugenehmigung dauert zu lange. Digitales Bezahlen nur eingeschränkt möglich.

- Dann wollen wir schlankere Prozesse und kürzere Entscheidungswege verankern und es gibt einen Aufschrei der Kleinparteien.
- Was mich stört: Die kleinen Parteien sind immer nur DAGEGEGEN. Ich habe noch keinen einzigen Lösungsvorschlag gehört, wie man auf die aktuellen Herausforderungen am besten eingehen kann.
- Stattdessen werden Ängste geschürt mit falschen Zahlen. Zahlen von 400.000 Euro zu nennen, obwohl die Beigeordnetenstelle nur 165.000 Personal – und Rückstellungskosten beinhaltet – ist einfach nur Populismus!
- Wir wollen eine Stadt der Zukunft sein. Eine Stadt, die Trends mitmacht und nicht verschläft. Aus diesem Grund wollen wir die Megathemen unserer Zeit: Stadtentwicklung, Klimaschutz, Mobilität und digitale Transformation in einem Fachbereich bündeln! Das soll der ThinkTank unserer Stadt sein. Der nicht nur Konzepte schreibt, sondern diese auch endlich mal umsetzt.
- Damit schaffen wir die Grundlage, dass nach den Krisen die Lebensqualität der Menschen steigt und Standortvorteile für vorhandene und ansiedlungswillige Unternehmen geschaffen
- Mit einer besseren Budgetsteuerung kann der Haushalt entlastet werden. Die Dezernenten

laufen derzeit oft von JF zur JF und haben kaum Zeit fachlich in die Themen einzusteigen. Das muss sich ändern. So sind wir der Überzeugung, dass die 165.000 EURO auch bald an anderer Stelle eingespart werden können

Namentliche Abstimmung VL-136/2022:**Bürgerbegehren Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplans
"Gewerbegebiet Klötters Feld (238)"****Abstimmung zu Punkt 3a) des Beschlussvorschlages**

Anrede	Vorname	Nachname	Fraktion	Ja	Nein	Enth.
Herr	Ferhat	Aydin	SPD		X	
Herr	Hugo	Becker	SPD		X	
Herr	Rüdiger	Billeb	SPD		X	
Frau	Karoline	Bremerich	CDU		X	
Frau	Ute	Brettner	Bü90/Die Grünen	X		
Herr	Thomas	Buller-Hermann	CDU		X	
Frau	Gabriele zum	Buttel	Fraktionslos	-	-	-
Herr	Andreas	Dahlke	GFL	X		
Frau	Britta	Fehr-Günther	SPD		X	
Herr	Arno	Feller	CDU		X	
Frau	Martina	Förster-Teutenberg	SPD		X	
Herr	Marc	Frieling	Bü90/Die Grünen	X		
Herr	Jochen	Gefromm	CDU		X	
Frau	Susanne	Großkrüger	GFL	X		
Herr	Rüdiger	Haag	SPD		X	
Herr	Gerhard	Hagedorn	CDU		X	
Frau	Friederike	Hagelstein	AfD	X		
Herr	Herbert	Hamann	GFL	X		
Herr	Maurice	Hansmeyer	Bü90/Die Grünen	X		
Herr	Volker	Hendrix	Bü90/Die Grünen	X		
Herr	Jens	Hiekel	AfD	X		
Herr	Reiner	Hohl	Bü90/Die Grünen	X		
Herr	Paul	Jahnke	CDU	-	-	-
Herr	Kunibert	Kampmann	GFL	X		
Herr	Wilhelm	Kleimann	SPD		X	
Herr	Jürgen	Kleine-Frauns			X	
Herr	Günther Heinrich	Koch	CDU		X	
Herr	Manfred	Kolodziejski	SPD			X
Herr	Otto	Korte	GFL	X		
Frau	Nina	Kotissek	SPD		X	

Frau	Christiane	Krämer	CDU		X	
Herr	Mustafa	Kurt	DIE LINKE	X		
Herr	Klaus	Lamczick	SPD	-	-	-
Herr	Thomas	Latussek	SPD		X	
Frau	Anja	Lueg	GFL	X		
Frau	Martina	Meier	SPD		X	
Herr	Andreas	Mildner	Fraktionslos	-	-	-
Herr	Karsten	Niehues	FDP		X	
Herr	Armin	Ott	GFL	X		
Frau	Constanze	Pasternak	Fraktionslos		X	
Herr	Peter	Pasternak	Fraktionslos		X	
Herr	Daniel	Pöter	CDU		X	
Herr	Kevin	Przygodda	SPD		X	
Herr	Martin	Püschel	SPD		X	
Herr	Thorsten	Redeker	CDU		X	
Herr	Tristan	Richter	SPD		X	
Herr	Pascal	Rohrbach	FDP		X	
Frau	Tessa	Schächter	Bü90/Die Grünen	X		
Frau	Gabriele	Schimanski	Bü90/Die Grünen	X		
Frau	Gudrun	Schwiede	Bü90/Die Grünen	X		
Herr	Detlef	Seiler	SPD		X	
Frau	Nazli	Tatli	DIE LINKE	X		
Herr	Christoph	Tölle	CDU	-	-	-
Frau	Barbara	Utrata	SPD			X
Herr	Robin	Wojtak	SPD		X	
Herr	Dirk	Wolf	CDU		X	
Herr	Daniel	Wolski	SPD		X	